

Ansprache des Bundespräsidenten bei der Trauerfeier für die Opfer von Solingen in Köln am 3. Juni 1993

(Auszüge)

Grenzenlose Trauer führt uns heute untrennbar zusammen: Türken und Deutsche, Angehörige, Nachbarn, Träger politischer Verantwortung, Bürger, scheinbar Unbeteiligte, aber Anteilnehmende, mit einem Wort: Mitmenschen.

Wir trauern um Saime Genc, Hülya Genc, Gülistan Öztürk, Hatice Genc und Gürsun Ince, um fünf unschuldige, arglose Menschen, die das Opfer heimtückischer Unmenschlichkeit wurden. Unser tiefes Mitgefühl gilt den Familien und persönlichen Freunden in ihrem unfassbaren Schmerz. Unser ganzes Land trauert mit ihnen. Wir wissen, wir alle sind mitbetroffen. Wir trauern um Bürger in unserem Staat, um Menschen, die hier gelebt und gearbeitet, die hier ihr Heim gehabt haben. (...)

Im ersten Artikel unserer Verfassung steht nicht: „Die Würde des Deutschen ist unantastbar“, sondern: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“. Es gilt, sie mit aller Konsequenz des Rechts zu schützen. Dabei schulden wir den Opfern wie uns selbst Wahrhaftigkeit. Die Morde von Mölln und Solingen sind nicht unzusammenhängende, vereinzelte Untaten, sondern sie entstammen einem rechtsextremistisch erzeugten Klima. Es mögen Einzeltäter sein, aber sie kommen hier nicht aus dem Nichts.

Rechtsextreme Gewalt, so gedankenarm sie auch wirkt, ist doch politisch motiviert. Sie hat zugenommen. Sie wird nicht zentral geplant und ausgeführt. Um so schwerer ist es, sie vorbeugend zu bekämpfen. Es ist ein anarchischer Terrorismus eigener Art, der sich wehrlose Opfer sucht, um den demokratischen Staat zu treffen. Die Herausforderung ist da, ihr muß mit zusammengefaßter Kraft begegnet werden. Deshalb mußte der Generalbundesanwalt die Ermittlung übernehmen. Deshalb muß die Polizei die Mittel erhalten, die sie in den Dörfern und Städten braucht, um wahrhaft „Schutzmann“ der Bewohner zu sein.

Wie bei jedem Terrorismus stellt sich die Frage des Umfeldes. Es sind die Symbole und Parolen, die geheimen Treffen und öffentlichen Pamphlete rechtsextremer Szenen von Alten und Jungen, die in den Köpfen unreifer Menschen eine Bereitschaft zur Gewalt erzeugen, welche sich beim kleinsten Funken entzünden kann. Es genügt nicht, sich auf Kontrolle durch Beobachtung zu beschränken. Es sind nicht die notwendigen Gesetze, die uns fehlen. Erforderlich ist vielmehr, sie auch gegen dieses Umfeld mit Festigkeit anzuwenden. (...)

Aus der oft lebenslangen nachbarschaftlichen Erfahrung ergeben sich auch unsere Verpflichtungen gegenüber den Mitbürgern anderer Nationalitäten, zumal den Türken. Wir Deutschen haben sie eingeladen, zu uns zu kommen. Seit Jahr und Tag arbeiten sie mit uns. Natürlich wollen wir uns in Deutschland zu Hause fühlen. Aber sie haben maßgeblich Anteil daran, daß dieses Zuhause auch gut funktioniert. Sie tragen bei zu unserer Marktversorgung, unserer starken deutschen Wirtschaft, unserem Sozialprodukt; sie zahlen Steuern und leisten Sozialabgaben für unser ganzes System. Sie leben mit ihren Familien mitten unter uns.

Wer von uns kann die Stimme des Mannes aus Solingen am vergangenen Samstag vergessen, als er sagte, siebzehn Jahre habe er in der Türkei gelebt, danach seit dreißig Jahren in Deutschland. Und dann auf seine eigene Frage: „Wo bin ich zu Hause?“ antwortete er: „In beiden Ländern! Und meine Kinder zu hundert Prozent in Deutschland.“

Und wir Deutschen, was sagen wir dazu? Sprechen wir nicht allzu leicht einfach von „den Türken“? Benutzen wir damit nicht eine Redewendung, die sich weniger am Leben als am Paß orientiert? Wollen wir damit etwa ausdrücken, wer fremd bleiben soll? Wäre es nicht ehrlicher und humaner zu sagen: deutsche Bürger türkischer Herkunft?

Sie leben unter den Regeln des deutschen Staates, aber ohne darauf, wie andere Bürger, Einfluß zu haben. Soll das immer so bleiben?

Gewiß kann niemand im Ernst glauben, ein Rechtsextremist oder Gewalttäter werde dadurch zum Gesetzesgehorsam bekehrt, daß türkische Mitbürger ein Wahlrecht oder eine doppelte Staatsbürgerschaft erhielten. Doch es geht vor allem um etwas anderes. Es gibt eben nicht nur die ganz überwiegend anständigen Deutschen, sondern ebenso die ganz überwiegend-anständigen Türken. Und diese sind heute von einer großen Verunsicherung und Zukunftsangst geprägt. Niemand täusche sich über die Unruhe, Ratlosigkeit und auch Zorn unter ihnen.

Für ihr Selbstbewußtsein und ihr ganzes Lebensgefühl hat es ein elementares Gewicht, wie sich ihre staatsbürgerliche Stellung entwickeln wird und ob sie eines Tages endlich die Empfindung loswerden können, mitarbeitende Bürger zweiter Klasse zu sein. Nicht abstrakte Theorien schaffen Heimat, sondern das Leben. Wir wollen doch die Mitmenschen unter uns nicht zu Fremden stempeln, die seit Jahren, ja Jahrzehnten bewiesen haben, daß auch Deutschland für sie als Bürger Heimat ist. Sie müssen deshalb die Bindungen an ihre vorangegangenen Generationen nicht verleugnen. (...)

Offener Brief von Günter Grass **und** Peter Rühmkorf an Bundespräsident Richard v. Weizsäcker vom 3. Juni 1993

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,

heute haben Sie in Köln der fünf in Solingen ermordeten türkischen Frauen und Kinder in einer Trauerrede gedacht. Das ist so richtig wie selbstverständlich; schließlich sind wir alle, auch Sie als höchster Repräsentant der Bundesrepublik Deutschland, verantwortlich für die wiederholten Ausbrüche rassistischer Gewalt. Es kann ja nicht sein, daß die Schuld nur bei wenigen Tätern oder nunmehr bei einem Sechzehnjährigen zu suchen ist. Ist es nicht vielmehr so, daß seit Jahren Politiker aus höchsten Positionen die Furcht vor zu vielen Asylsuchenden, vor Überfremdung oder - wie der bayerische Ministerpräsident sagte - vor „Durchrassung der Deutschen“ herbeigeredet, im Wahlkampf mißbraucht und so dem Terror Vorschub geleistet haben?

Ein weiteres Ergebnis dieser engstirnigen und unheilbringenden Debatte liegt auf Ihrem Tisch: als im Bundestag mit Zweidrittelmehrheit verabschiedetes Gesetz soll es das Recht auf politisches Asyl dergestalt verkürzen, daß nur noch eine Worthülse bleibt als Ausdruck verfassungsändernder Heuchelei.

Nun soll und darf wieder abgeschoben werden. Wir sehen (im Fernsehen) diese Schübe rechtloser und verängstigter Menschen. Der Bundesinnenminister hat das unmenschliche Wort „Schüblinge“ in seinen vollziehenden Wortschatz aufgenommen. Unsere östlichen Nachbarn sehen sich genötigt, gegen Bezahlung mitzumachen.

Dieses schändliche Gesetz bestätigt die Mordanschläge von Hoyerswerda und Rostock, von Mölln und Solingen. Diejenigen werden sich dieses Gesetz als Erfolg gutschreiben, die der alltäglichen Gewalt gegen Ausländer offen oder heimlich zustimmen. Deshalb sei jetzt schon gesagt: Dieses Gesetz wird weitere Gewalttaten provozieren.

Bei Ihnen, Herr Bundespräsident, liegt nun die letzte Verantwortung. Zu unserem offenen Brief haben uns Ihre in Köln gesprochenen Worte Mut gemacht. Verweigern Sie, bitte, Ihre Unterschrift! Sagen Sie nein zu diesem nichtswürdigen Gesetz!

Mit freundlichem Gruß

Günter Grass Peter Rühmkorf